

Der **SOZIALISTISCHE** **KÄMPFER**



ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

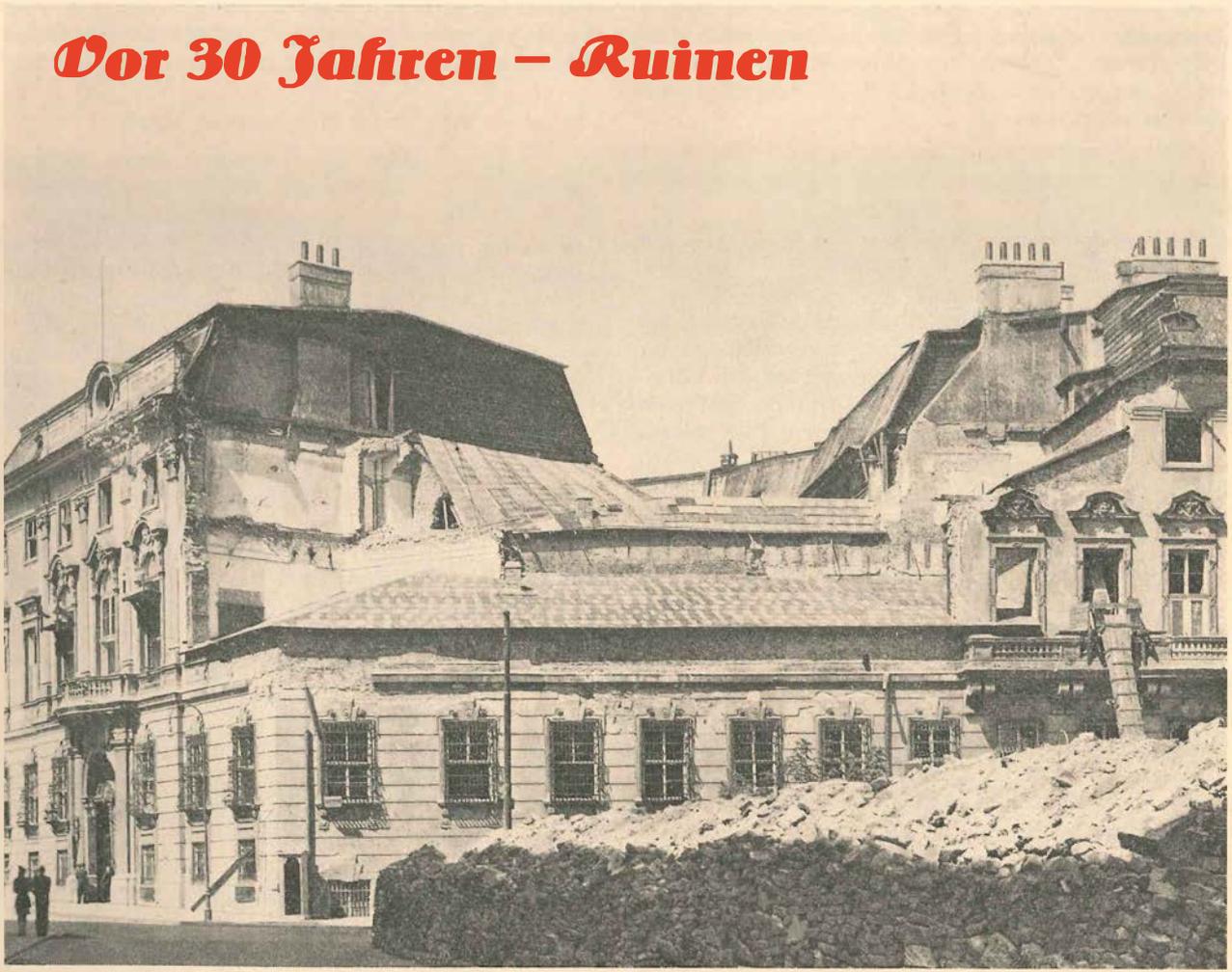


Nummer 4

April 1975

2 Schilling

Vor 30 Jahren - Ruinen



Nach 30 Jahren - Sozialistische Regierung in Österreich

Vor zehn Jahren

Ernst Kirchweger starb als Opfer des Neonazismus

Anfang der sechziger Jahre wurde die demokratische Öffentlichkeit alarmiert: An der Hochschule für Welthandel in Wien, so berichteten antifaschistische Studenten, mißbraucht ein Professor mit dem urdeutschen Namen Taras Borodajkewycz seine Vorlesungen über Zeitgeschichte, um antijüdische Hetze zu betreiben und Bekenntnisse zum Großdeutschtum abzulegen. Aus den Vorlesungsmitschriften der Hörer wurden haarsträubende Einzelheiten bekannt.

Der damalige ÖVP-Unterrichtsminister, Dr. Piffel-Percevic, war trotz öfterer Interventionen der Widerstandskämpfer und antifaschistischen Studentenorganisationen nicht bereit, dem Unbelehrbaren das Handwerk zu legen. Auch die akademischen Behörden verhielten sich passiv, obwohl es ihre Pflicht gewesen wäre, gegen den Judenhetzer ein Disziplinarverfahren einzuleiten.

Die Empörung erreichte ihren Höhepunkt, als das Fernsehen eine Vorlesung des antisemitischen Professors ausstrahlte: Nun wurden Zehntausende vor den Bildschirmen Zeugen einer zügellosen Judenhetze, die an die niedrigsten Instinkte im Menschen appellierte.

Da aber der Unterrichtsminister sogar nach dieser skandalösen Sendung einer Delegation der Widerstandskämpfer antwortete, er könne und wolle (!) nichts tun, mußte gehandelt werden! Es galt, dem Protest Nachdruck zu geben.

Die überparteiliche Widerstandsbewegung rief alle aufrechten Österreicher, ohne Unterschied ihrer parteipolitischen oder weltanschaulichen Überzeugung, zu Protestdemonstrationen auf und veröffentlichte eine Erklärung, in der es unter anderem hieß: „Angesichts der Ermordung von sechs Millionen Juden in den Vernichtungslagern gilt es, den Anfängen zu wehren: Die antisemitische Hetze des Taras Borodajkewycz an einer Hochschule der Republik Österreich darf nicht länger geduldet werden.“

„Hoch Auschwitz!“

Bei der zweiten Demonstration, am 31. März 1965, kam es zu blutigen Zusammenstößen mit den gleichen, gut organisierten neonazistischen Schlägerbanden, die bereits bei der ersten Kundgebung provoziert und für den antisemitischen Professor Stellung genommen hatten.

Mit Stahlruten, Schlagringen und Fahrradketten wurden antifaschistische Demonstranten niedergeschlagen. Auch Stinkbomben gehörten zu den „Argumenten“ der Schläger, die allerdings von der berüchtigten neonazistischen „Soldaten-Zeitung“ als die „Vertreter des deutschen Wien“ gefeiert wurden!

Die Parole, die diese neofaschistischen Gangster am häufigsten riefen, bestand aus lediglich zwei Worten, die später allerdings auch in der ausländischen Presse vielfach zitiert wurden: „Hoch Auschwitz!“ Daß diese Parole nicht etwa die Entgleisung einzelner war, bewiesen die zwischen den Schlägereien stattfindenden Diskussionen: Da erklärten die Borodajkewycz-Freunde immer wieder: „Es ist schade um jeden Juden, der in Auschwitz nicht vergast wurde.“

Wie Ernst Kirchweger starb

In den Reihen der Demonstranten befand sich auch der 67jährige Widerstandskämpfer Ernst Kirchweger; er war nach einer schweren Operation körperlich recht geschwächt. In einer Diskussion hatte Kirchweger die Meinung vertreten: „Die alten Nazis, wie Professor Borodajkewycz, sind unbelehrbar. Aber mit den Jungen, die nur verhetzt wurden, die nicht wissen, was Faschismus ist, müssen wir geduldig diskutieren. Unsere Argumente sind stärker als ihre Fäuste.“

Und Ernst Kirchweger versuchte, in diesem Sinne zu handeln. Er stellte sich den Schlägern entgegen, um mit ihnen, wie später Augenzeugen im Gerichtssaal berichteten, zu diskutieren, ihnen klarzumachen, daß sie sich für Massentöter engagieren. Als Antwort erhielt er von dem berüchtigten Günter Kümel wuchtige Faustschläge, und als der alte Mann auf dem Boden lag, trampelte der junge Neonazischläger noch auf ihm herum.

Lebensgefährlich verletzt, starb Ernst Kirchweger am 2. April 1965 im Krankenhaus.

Der Auschwitzarzt, unser unvergessener Genosse Dr. Otto Wolken, beschrieb später aus der Sicht eines ehemaligen Häftlings dieses Vernichtungslagers den Tod Ernst Kirchwegers so: „Der Neonazischläger Kümel hat aus den Rufen: ‚Hoch Auschwitz!‘ die praktische Konsequenz gezogen, indem er gegen einen Hilflosen

so zuschlug, wie das im Lager bei den SS-Scher-
gen üblich war. Die Verbrecher von damals ha-
ben für Nachwuchs gesorgt — ein Günter Küm-
mel würde sich hervorragend als SS-Mann in
einem neuen Auschwitz eignen.“ Daß es ein
neues Auschwitz aber nicht geben darf, nicht
geben wird, bewies die Trauerkundgebung für
Ernst Kirchweger, die zu einer machtvollen
Demonstration des Antifaschismus wurde.

25.000 trauerten um Ernst Kirchweger

Unter Beteiligung großer Abordnungen von
Bundesregierung, Nationalrat, Bundesrat, Ge-
werkschaftsbund, Widerstandsbewegung und
Hochschülerschaft fand am 8. April 1965 das
Begräbnis des ersten Todesopfers des Neonazis-
mus, Ernst Kirchweger, statt. Über 25.000 Men-
schen nahmen an einem eindrucksvollen
Schweigemarsch über die Ringstraße teil.

An der Spitze des Zuges schritt neben dem
damaligen Vizekanzler, Genossen Dr. Bruno
Pittermann und anderen Regierungsmitgliedern,
der Wiener Bürgermeister und Präsidentschaftskandidat der SPÖ, Genosse Franz Jonas.
Und als ihm unter Hinweis auf seine Kandida-
tur und den bevorstehenden Bundespräsidenten-
wahlkampf Funktionäre der Widerstandsbewe-
gung besonders dankten, entgegnete Franz Jo-
nas: „Die Teilnahme an diesem Schweigemarsch
für Ernst Kirchweger ist für mich eine Selbst-
verständlichkeit. Auf Wähler, die meine anti-

faschistische Gesinnung stört, bin ich zu ver-
zichten bereit.“

In den Trauerreden, die von Vertretern der
Widerstandsbewegung und der antifaschisti-
schen Studentenschaft auf dem Heldenplatz ge-
halten wurden, kam die Entschlossenheit zum
Ausdruck, das Vermächtnis Kirchwegers zu er-
füllen und den Anfängen eines Neonazismus
entgegentreten.

Auf dem Zentralfriedhof sagte Genossin
Rosa Jochmann, die für den Bund sozialisti-
scher Freiheitskämpfer und Opfer des Faschis-
mus von Ernst Kirchweger Abschied nahm, in
einer ergreifenden Rede:

**„Der Tod Ernst Kirchwegers hat uns wachgerüttelt
und die furchtbare Erinnerung an jene Zeit in uns ge-
weckt, da fanatisierte Jugendliche Wissenschaftler von
Rang und weltberühmte Professoren mit der Peitsche
über die Straße trieben.**

**Aber hier, an dieser Bahre, wollen wir neuerlich
geloben, daß wir künftig sehr wachsam sein werden.“**

Nur dieser antifaschistischen Wachsamkeit

war es schließlich zu danken, daß nach dem Tod
von Ernst Kirchweger das Disziplinarverfahren
gegen Borodajkewycz eingeleitet wurde, das zu
seiner frühzeitigen Pensionierung führte.

Auch heute, zehn Jahre später, dürfen wir
die mahnenden Worte unserer Genossin Rosa
Jochmann nicht vergessen! Und wir werden
sehr wachsam bleiben, damit solche Exzesse nie
wieder vorkommen können.



Österreicher in Auschwitz

Nachstehend bringen wir Auszüge aus einer Broschüre, die demnächst in der Reihe „Monographien zur Zeitgeschichte“ erscheinen wird. Anlaß dazu ist der dreißigste Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz im Jänner 1945. Der Verfasser, Genosse Dr. Franz Danimann, war selbst sechs Jahre in Haft, davon drei Jahre im KZ Auschwitz, wo er auch der dortigen Widerstandsbewegung angehörte.

Die Zahl der Österreicher, die nach Auschwitz deportiert wurden, ist nicht genau bekannt; auch über die Anzahl der Opfer, die in Auschwitz umgekommen sind, gibt es keine verlässlichen Unterlagen. Aber, obwohl die Österreicher in diesem KZ nur einen kleinen Prozentsatz der Häftlinge ausmachten, erfreuten sie sich dennoch infolge der aktiven und mutigen Haltung vieler von ihnen großen Ansehens. Und unter den Opfern, die aus Österreich stammten, waren bekannte Persönlichkeiten: Politiker aller antinazistischen Richtungen, Künstler, Wissenschaftler und viele, die nur ihrer Familie und ihrem Freundeskreis bekannt waren.

Am 6. Mai 1945, wenige Tage nach der Befreiung Österreichs, brachte die damals erste und einzige österreichische Zeitung „Neues Österreich“ einen Bericht unter dem Titel: „Die Hölle von Auschwitz“, in dem die österreichische Öffentlichkeit erstmals offiziell von dem Vernichtungslager erfuhr. Einleitend hieß es damals in dem erschreckenden Artikel:

Den folgenden Bericht verdanken wir fünf Österreichern: Franz Danimann, Emil Gmeiner, Hans Goldberger, Kurt Hakker und Emil Kosak, die sich der Vernichtung in Auschwitz entziehen konnten. So ist es uns möglich, der Öffentlichkeit fünf Zeugen vorzustellen, die mit ihrer Person für die Wahrheit ihrer Angaben einstehen.

In dem Bericht wurde unter anderem auch eine ausführliche Schilderung des Himmler-Besuches im Jahre 1942 gegeben und geschildert, was in den folgenden Jahren alles geschah. Ebenso wurde die Methodik der Vernichtungs-

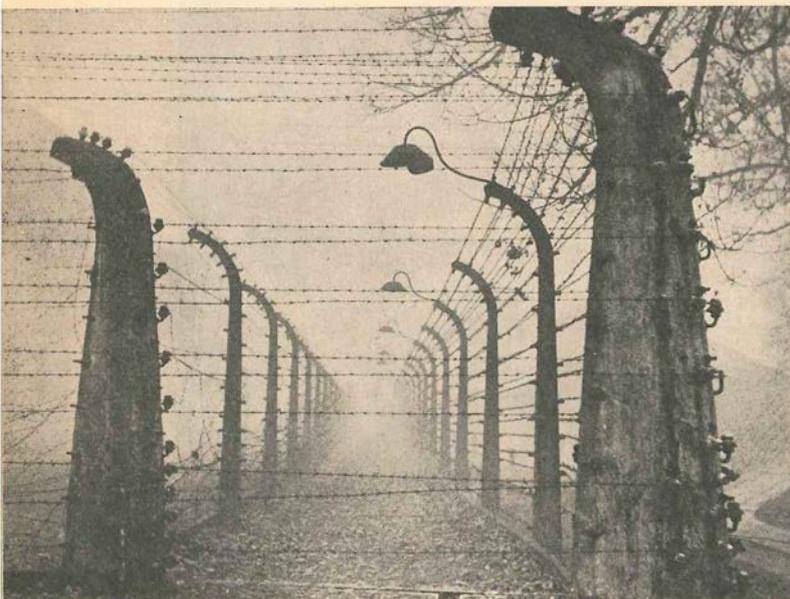
maschinerie eingehend beschrieben. Einige Zeit später veröffentlichte „Neues Österreich“¹ einen Artikel, der sich mit der Ermordung von Österreichern in Auschwitz befaßte.

Der frühere demokratische Abgeordnete, unser Genosse Dr. Danneberg, war bereits vier- einhalb Jahre in Haft, als er mit einem Transport von 405 Häftlingen aus dem Lager Buchenwald in das Lager Buna-Monowitz gebracht wurde. Und als alle über 50 Jahre alten Häftlinge als „nicht arbeitsfähig“ in das Stammlager Auschwitz überstellt wurden, beendete auch Danneberg sein Leben in der Gaskammer. Dr. Egon Schönhof, Rechtsanwalt und führender Kommunist, wurde sofort bei der Ankunft des gleichen Transportes am 19. Oktober 1942 als „körperschwach“ ausgesucht und noch am gleichen Tag durch eine Giftspritze getötet. Mit ihm zugleich wurden auch unsere Genossen Dr. Heinrich Steinitz und Edmund Reismann ausgesucht und ermordet.

Dr. Max Präger, der Herausgeber des nach ihm benannten Pressedienstes, wurde in Auschwitz durch einen Kopfhieb schwer verletzt. Da es an einer richtigen Behandlung fehlte, erlitt er eine Wundvereiterung und wurde am 27. Oktober 1942 als schwerkranker Mann durch Giftinjektionen getötet.

In Auschwitz ist eine große Anzahl von bekannten Wissenschaftlern und Künstlern hingerichtet worden. Dr. Viktor Frankl legte seine Eindrücke in einem international bekannten Buch nieder² und Genosse Benedikt Kautsky, der mit Danneberg, Reismann, Steinitz und vielen anderen im Oktober 1942 nach Auschwitz kam, ist der Verfasser des Buches „Teufel und Verdammte“³. Er berichtet, daß im Winter 1942 von den im Oktober überstellten 405 Buchenwalder Häftlingen nur noch 110 lebten. Seine Mutter, Luise Kautsky, starb am 8. Dezember 1944 ebenfalls in Auschwitz. Der Maler, Graphiker, Bühnenbildner und nachmalige Professor Heinrich Sussmann versuchte in verschiedenen Werken, das Phänomen Auschwitz künstlerisch darzustellen. Nach Auschwitz deportiert und dort verschwunden ist auch die bekannte Sängerin Grete Holm sowie die Violinvirtuosin Alma Maria Rose (Rose-Quartett), die zwar nach Frankreich flüchten konnte, als die Nazis Österreich besetzten, dort aber in die Hände der Gestapo fiel und nach Auschwitz-Birkenau kam. Als sie es ablehnte, bei Hinrichtungen zu musizieren, wurde sie selbst ins Gas geschickt.

In der Broschüre „Österreicher in Auschwitz“ wird auch unseres unvergessenen Genos-



¹ „Neues Österreich“, Nr. 71 vom 14. Juli 1945.

² „Ein Psychologe erlebt das KZ“. Verlag für Jugend und Volk. Wien 1947.

³ „Teufel und Verdammte.“ Erfahrungen und Kenntnisse aus sieben Jahren Konzentrationslagern. Wien 1948.



sen Dr. Otto Wolken gedacht, der später als einer der wichtigsten Zeugen in den Auschwitz-Prozessen dazu beigetragen hat, die unvorstellbaren Greuel in diesem Inferno des Mordens aufzuzeigen. Genosse Wolken hat bekanntlich schon als Häftlingsarzt im Lager Birkenau Unterlagen über die Verbrechen von SS-Leuten gesammelt, zu einem Zeitpunkt, als seine Chancen, das Lager jemals noch lebend zu verlassen, schon äußerst gering waren.⁴ Er machte sich Notizen, hielt Zahlen und Daten fest und verbarg alles an verschiedenen Stellen im Lager.

⁴ Vgl.: „Der sozialistische Kämpfer“, Nr. 11, November 1973, Seite 5.

Diese Unterlagen barg er nach der Befreiung unter vielen Schwierigkeiten, und sie dienten später als wertvolles, unbestreitbar authentisches Beweismaterial bei den Auschwitzprozessen, bei denen Genosse Wolken als Zeuge aussagte.

In der Monographie, die vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes herausgegeben wird, werden viele bis heute noch immer weithin unbekannt gebliebene Tatsachen enthalten sein: Die Österreicherinnen in Auschwitz, das Zigeunerlager, Angaben über die Außenkommandos, Einzelheiten aus dem Häftlings-Krankenbau und die am 30. Dezember 1944 erfolgte letzte Hinrichtung im Lager.

Jede Epoche, die ihre Überzeugungen verliert, ist dem Untergang geweiht

Freiheitskämpfer tagen...

Im Hause des ÖGB und der Arbeiterkammer in Klagenfurt tagte am Sonntag, dem 9. März 1975, die Jahreshauptversammlung des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, Landesverband Kärnten. Bei dieser Jahreshauptversammlung konnte Landesobmann Genosse Ferdinand Wedenig als Ehren-gäste den Landeshauptmann, Genossen Leopold Wagner, die Vorsitzende des Landesfrauenkomitees der SPÖ, Helene Tschitschko, den Vizebürgermeister der Stadt Klagenfurt, Genossen Heribert Medweschek, Stadtrat Genossen Dr. Norbert Kandutsch, Genossin Josefine Oschmalz, die Gemeinderäte Polessnig und Kuschnig sowie den Referenten des Bundesvorstandes, Genossen Robert Blau, begrüßen. Genosse Wedenig wies darauf hin, daß sich heuer zum dreißigsten Male der Tag der Wiederbefreiung Österreichs jährt. Hier in Kärnten war es der 8. Mai 1945. Dieser Tag bedeutet den Freiheitskämpfern sehr viel. Viele der ehemaligen sozialistischen Freiheitskämpfer sind nicht mehr unter uns, sind während der grauenvollen Zeit des Faschismus von 1934 bis 1945 in den Gefängnissen und Konzentrationslagern zugrunde gegangen: In Kärnten waren dies mehr als tausend Menschen. Viele andere sind in diesen 30 Jahren seither verstorben.

Besonders freut es die Kärntner Sozialisten, nach dem großartigen Sieg unserer Sozialistischen Partei im Jahre 1971, der erstmals zu einer sozialistischen Bundesregierung führte, nun auch am 2. März 1975 im Lande Kärnten einen so schönen Erfolg der SPÖ errungen zu haben. Dem Landesvertrauensmann, Genossen Leopold Wagner, und seinem Team ist am 2. März ein wirklich großartiger Sieg gelungen, obwohl die Kärntner Sozialisten seit zwei Jahren einen sehr schweren Kampf haben aushalten müssen. Die Jahreshauptversammlung der Freiheitskämpfer, jener Genossen, deren Kampf den Bestand der Republik überhaupt erst ermöglicht hat, stand unter dem Zeichen dieses großen Wahlerfolges. Bei der Totenehrung wurde 15 verstorbener Mitglieder gedacht.

Landeshauptmann Leopold Wagner überbrachte die Grüße des Landespartei Vorstandes und dankte den Freiheitskämpfern für ihren nimmermüden Einsatz. Die Landtagswahlentscheidung macht es allerdings leichter, bei dieser Hauptversammlung für die SPÖ zu sprechen. Niemand wußte, wie die Wahlauseinandersetzung letzten Endes ausgehen werde. Aber die Kraft und Einheit der Sozialistischen Partei hat zum Erfolg geführt. In den nun vor uns liegenden fünf Jahren bis 1980 soll das Programm für Kärnten, das die SPÖ ausgearbeitet hat, auch verwirklicht werden. Die Menschen dieses Landes Kärnten müssen bewußt „politisiert“ werden, und für die verantwortlichen Mandatäre dürfen in Zukunft nicht nur die Verwaltungs-

und Tagesfragen wichtig sein; denn die richtigen Unterschiede zwischen den Sozialisten und den anderen Parteien müssen den Menschen sinnfällig immer wieder vor Augen geführt werden. Im Bereich der Minderheitenpolitik des Landes konnte aus dem Ergebnis der Landtagswahl herausgelesen werden, daß die Grundsätze der SPÖ als richtig erkannt worden sind. Und im Geiste einer aufrichtigen Zusammenarbeit werden die slowenischen Wähler der Kärntner Einheitsliste, die diesmal von der SPÖ abgewandert sind, wieder für die Sozialistische Partei zurückgewonnen werden.

Der geschäftsführende Obmann, Dritter Landtagspräsident Genosse Hans Pawlik, brachte dann den Organisationsbericht für die Zeit seit der letzten Hauptversammlung am 12. Februar 1972. Die Interventionstätigkeit konnte naturgemäß nicht mehr so umfangreich sein wie vor zehn oder fünfzehn Jahren, da es durch den natürlichen Abgang immer weniger Opfer des Faschismus gibt. Aber diese wenigen Fälle wurden doch mit Hilfe der Kärntner Landesregierung und dem Bundesvorstand in Wien bei den Ministerien erfolgreich erledigt, auch dank der Unterstützung des Opferfürsorgereferates der Kärntner Landesregierung und des Sozialministeriums. Besonderer Dank gebührt hierbei dem zuständigen Referenten in der Landesregierung, Landesrat Rudolf Gallob.

Im überparteilichen Mahnmalkomitee, einer Arbeitsgemeinschaft der Kärntner Widerstandskämpfer, die sich die Pflege und Erhaltung dieses Denkmals im Zentralfriedhof Klagenfurt-Annabichl zur Pflicht gemacht hat, ist der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer federführend. An den Gedenktagen des 12. Februars, an den Nationalfeiertagen und an den Allerheiligentagen finden seitens des Bundes der Freiheitskämpfer Kärntens immer Kranzniederlegungen statt, die sehr würdig verlaufen.

Das Hauptreferat bei der Hauptversammlung hielt der Vertreter des Bundesvorstandes, Genosse Robert Blau. Er erklärte, er sei sehr glücklich über den schönen Wahlerfolg der SPÖ in Kärnten, da dieser eine Voraussetzung auch für eine gute Wahlentscheidung bei der Nationalratswahl am 5. Oktober 1975 sei. Viele unserer Genossen fragen oft, warum dieser Bund sozialistischer Freiheitskämpfer überhaupt noch existiere. Die Antwort darauf ist einfach: Wir müssen uns mit allen Kräften immer wieder dafür einsetzen, daß nie wieder solche Ereignisse eintreten können, die zum Faschismus führen, so wie 1934 und 1938. Denn es sind wieder Ansätze in der Welt zum Faschismus, wie es die Ereignisse in Griechenland, Portugal und Chile bewiesen haben. Und in Spanien gibt es diesen Faschismus noch immer, obwohl seine Väter, Hitler und Mussolini, längst ihr blutiges Ende gefunden haben. Auch in der Bundesrepu-

blik Deutschland, in Italien und in Österreich gibt es — wenn auch nur kleine Gruppen —, die sich für den Rechtsextremismus begeistern. Genosse Robert Blau beschäftigte sich sodann ausführlich mit dem Inhalt der 23. Novelle zum Opferfürsorgegesetz und den wesentlichen Verbesserungen. Derzeit gibt es in Österreich nur mehr 6469 Opfer des Faschismus, davon in Kärnten 404 (173 Hinterbliebene).

Bei den anschließenden Neuwahlen wurden unter großem Beifall Genosse Ferdinand Wedenig wieder zum Landesobmann, Genosse Hans Pawlik zum geschäftsführenden Funktionär, Genosse Thomas Wieser zum Obmannstellver-

treter (St. Veit) und Genosse Alois Brentner zum Landeskassier gewählt. Als Delegierte zur kommenden Bundeshauptversammlung am 25. und 26. April 1975 in Wien wurden die Genossen Wedenig, Pawlik, Wieser, Schweinzer und die Genossin Heitzmann nominiert. Es wurde ferner beschlossen, nach Möglichkeit eine geschlossene Fahrtengruppe zu der Gedenkfeier am 27. April 1975 nach Wien zu führen. Und zum Schluß meldete sich noch Genosse Franz Schweinzer (Völkermarkt), der leidenschaftlich dafür appellierte, daß die Verdienste der ehemaligen Freiheitskämpfer unvergessen bleiben und ehrlich gewürdigt werden mögen.

Wirksam ab 1. Jänner 1976

Die Novelle zum KOVG

Die Novelle, die allerdings erst mit 1. Jänner 1976 in Kraft tritt, enthält einige bedeutende Verbesserungen, die auch auf das Opferfürsorgegesetz Anwendung finden und somit ebenso für die Opfer des Faschismus Geltung haben. Dazu gehört die Bestimmung, daß die Opferrente auf das Einkommen des im Haushalt lebenden Ehegatten (Lebensgefährten) nicht anzurechnen ist.

Die Opferrente bildete nämlich bis jetzt so wie alle anderen Einkommen ein anrechenbares Einkommen, welches bei Ehepaaren, die im gemeinsamen Haushalt leben, im Ausmaß von 30 Prozent anzurechnen war. Für Bezieher einer Unterhaltsrente bedeutete dies eine Härte, die nunmehr beseitigt worden ist.

Mit dem Inkrafttreten dieser Novelle am 1. Jänner 1976 hat daher die Grundrente und die Schwerstbeschädigtenzulage bei Ermittlung des Einkommens außer Betracht zu bleiben.

Alterserschwerniszulage

Seit vielen Jahren ist es unser Anliegen, daß bei Verschlimmerungsanträgen bei weiblichen Opfern, die das 55. Lebensjahr und bei männlichen Opfern, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, die gesamte bestehende Minderung der Erwerbsfähigkeit bei der Neubemessung der Opferrente berücksichtigt wird.

Diese Forderung konnte nicht durchgesetzt werden. Um diesem Wunsch teilweise Rechnung zu tragen, wurde die Alterserschwerniszulage sowohl für die Opfer als auch für die Kriegsoffer in der KOVG-Novelle neu geregelt. Bisher haben weibliche Opfer nach Vollendung des 60. Lebensjahres bei einer MdE ab 50 Prozent eine Alterszulage erhalten. Diese Alterszulage war für alle Bezieher einer Opferrente dieser Kategorien gleich hoch.

Um die Erschwernisse des Alters oder allfällige Verschlimmerungen der als verfolgungsbedingt anerkannt-

ten Leiden abzugelten, erfolgt eine Erhöhung dieser Alterserschwerniszulage gestaffelt nach Alter und Ausmaß der Erwerbsverminderung.

Nachstehend die Aufstellung über die neuen Sätze der Alterserschwerniszulage ab dem 1. Jänner 1976:

ab Vollendung des	bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von				90/100 v. H.
	60 v. H.	70 v. H.	80 v. H.	50 v. H.	
	in Schilling				
65. Lebensjahres	96	159	159	165	180
70. Lebensjahres	191	318	318	331	360
75. Lebensjahres	350	477	483	496	540
80. Lebensjahres	509	637	649	661	720

Die Alterserschwerniszulage wird so wie die Opfer- und Unterhaltsrenten mit dem geltenden Anpassungsfaktor jeweils am 1. Jänner jeden Jahres erhöht.

Erhöhung der Grundrenten

Die Grundrenten werden in drei Etappen, beginnend mit 1. Jänner 1977, erhöht. Wir werden zu gegebener Zeit noch eingehend darüber berichten.

*

Wir können feststellen, daß auch die KOVG-Novelle Verbesserungen für die Opfer des Faschismus bringt, und wir wissen, daß wir dies — wenn auch nicht alle offenen Fragen gelöst werden konnten — dem großen Verständnis unseres Sozialministers Genossen Ing. Rudolf Häuser zu danken haben.

Die 23. Novelle zum OFG

Mit Wirkung vom 1. Jänner 1975 wurde die am 23. Jänner 1975 vom Nationalrat beschlossene 23. Novelle zum Opferfürsorgegesetz in Kraft gesetzt.

Es konnten zwar nicht alle offenen Forderungen erfüllt werden, aber diese Novelle enthält zum Teil wesentliche Verbesserungen. Eine davon ist, daß alle Träger der Krankenversicherung Inhabern von Amtsbescheinigungen und Empfängern einer Rentenfürsorgeleistung — (Witwen-Waisen-Versorgung ohne Besitz einer Amtsbescheinigung) — die Leistungen in dem Umfang zu gewähren haben, wie sie einem bei der örtlich zuständigen Gebietskrankenkasse Pflichtversicherten auf Grund des Gesetzes und der Satzungen zustehen. Selbständig Erwerbstätige und Bauern, die Inhaber einer Amtsbescheinigung sind, konnten, solange sie in keiner eigenen Krankenkasse pflichtversichert waren, die Höchstleistungen der Gebietskrankenkassen in Anspruch nehmen. Nach Schaffung der Bauern- beziehungsweise der Selbständigenkrankenkasse hatten sie nur Anspruch auf die Leistungen ihrer zuständigen Krankenkassen und waren damit schlechter gestellt. Diese Schlechterstellung wird nunmehr aufgehoben.

Es empfiehlt sich daher, daß die Betroffenen ihrer Krankenkasse mitteilen, daß sie dem begünstigten Personenkreis angehören, da nunmehr allen Inhabern einer Amtsbescheinigung beziehungsweise den Beziehern einer Versorgung die Leistungen der örtlich zuständigen Gebietskrankenkasse zustehen.

Eine weitere Verbesserung wurde bei den Bestimmungen über den Anspruch auf Sterbegeld erzielt. Nunmehr wird eine solche Leistung nicht nur nach den Inhabern einer Amtsbescheinigung gewährt, sondern auch nach Empfängern wiederkehrender Geldleistungen. Dies betrifft Beziehern einer Hinterbliebenenversorgung sowie Personen, die Rentenleistungen (zum Beispiel nach dem Verlust der Amtsbescheinigung) erhalten.

Wiedergewährung der Hinterbliebenenrente

Nach den neuen Bestimmungen im OFG kann eine wegen Erlöschens der Anspruchsberechtigung eingestellte Hinterbliebenenrente der Witwe oder Lebensgefährtin unter folgenden Voraussetzungen wieder gewährt werden:

1. Besitz der österreichischen Staatsbürgerschaft.
2. Wenn die neue Ehe durch den Tod des Ehegatten oder durch Scheidung aufgelöst oder für nichtig erklärt wurde.
3. Wenn die Auflösung der Ehe nicht aus dem alleinigen oder überwiegenden Verschulden der Ehefrau erfolgte.

4. Wenn bei Nichtigkeitserklärung die Ehefrau als schuldlos anzusehen ist.

5. Wenn ihr aus dieser Ehe kein den notwendigen Lebensunterhalt deckender Anspruch auf Versorgung (Unterhalt) erwachsen ist.

6. Wenn bei Lebensgefährtinnen die neue Lebensgemeinschaft durch den Tod des Lebensgefährten aufgelöst wurde.

Verbesserung beim Anspruch auf den Opferausweis

Als Schädigung wird nunmehr anerkannt, wenn eine Freiheitsbeschränkung in der Dauer von mindestens 6 Monaten in Deutschland oder den von Deutschland besetzten Gebieten erlitten wurde. Dadurch erhalten zum Beispiel die in Lackenbach angehaltenen Zigeuner den Anspruch auf die Zuerkennung des Opferausweises.

Die Anpassung der Erziehungsbeiträge an die Bestimmungen des KOVG bedeutet ebenfalls eine Verbesserung gegenüber der bisherigen Rechtslage. Sie werden damit von 150 S auf 336 S erhöht.

Weiters wird die wegen Erreichung der Altersgrenze erloschene Anspruchsberechtigung von Waisen über Antrag wieder ab Antragsmonat aufleben, wenn im Zeitpunkt des Erlöschens eine Erstreckung hätte erfolgen können (zum Beispiel bei Erwerbsunfähigkeit oder bei Studium oder Berufsausbildung bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres).

Wir machen noch aufmerksam, daß seit einiger Zeit die Möglichkeit besteht, einen anlässlich einer Existenzgründung abgefertigten Rententeil im Wege des Härteausgleichs wieder zu erhalten, wenn die Abfertigung vor dem 1. Jänner 1960 erfolgte und das Einkommen die doppelte Höhe der Unterhaltsrente nicht übersteigt; für Alleinstehende darf also das Einkommen 6664 S, für Ehepaare beziehungsweise Lebensgemeinschaften 8358 S nicht übersteigen. Für jedes unterhaltspflichtige Kind wird die Einkommensgrenze um 1111 S erhöht. Opfer- und Hinterbliebenenrenten sowie Hilflosenzuschüsse werden als Einkommen nicht gerechnet.

Nicht alle Fragen konnten in der 23. Novelle zum OFG gelöst werden. Zu den noch offenen Forderungen gehört auch die Erhöhung der Unterhaltsrente.

Am 1. Juli 1974 wurden die ASVG-Pensionen um 3 Prozent erhöht, und sie werden am 1. Juli 1975 wieder um 3 Prozent angehoben. Nachdem die Richtsätze für die Unterhaltsrenten gleichgeblieben sind, wirkt sich diese Erhöhung bei Beziehern einer Teilunterhaltsrente nicht aus. Das Einkommen dieses Personenkreises erhöht sich daher nicht.

Wir werden uns natürlich weiter bemühen, die Erfüllung unserer Forderungen zu erreichen.

Genosse Otto Skritek im Parlament:

Genosse Otto Skritek verwies unter anderem darauf, wie erfreulich es sei, daß die Begünstigungen, die in der Kriegsofferversorgungsgesetz-Novelle für die nächsten Jahre beschlossen wurden, auch auf Bestimmungen im OFG, und zwar in bezug auf die Opferrenten, ihre Auswirkung haben. Es ist zu begrüßen, daß die 23. Novelle zusätzlich noch einige Verbesserungen bringt. Es mag vielleicht für jemanden, der mit der Materie der Opferfürsorge nicht vertraut ist, die Bedeutung dieser Verbesserungen nicht ganz verständlich sein; für die Betroffenen aber sind sie sehr wichtig, und zusammengekommen ist wieder ein ganzes Paket von Verbesserungen für die Opfer des Faschismus erreicht.

Bei seiner Rede im Parlament sagte Genosse Skritek unter anderem:

„Ich möchte nicht unerwähnt lassen, daß dies bereits die dritte Novelle zum OFG ist, mit der die sozialistische Regierung wichtige Forderungen der Opfer des Faschismus erfüllt hat.“

In der 21. Novelle zum Opferfürsorgegesetz, die im November 1970 im Parlament verabschiedet wurde, konnten Härten beseitigt und Verbesserungen erzielt werden. Zum Beispiel wurden die steuerfreien Absetzbeträge für Inhaber einer Amtsbescheinigung oder eines Opferausweises erhöht. Für Menschen, die im Verborgenen leben mußten, fiel die Bestimmung ‚unter menschenunwürdigen Bedingungen‘ weg.

Wesentliche Verbesserungen konnten in der 22. Novelle zum OFG vom April 1972 durchgesetzt werden. Vor allem brachte diese Novelle eine spürbare Erhöhung der Unterhaltsrenten mit einem Mehraufwand von 18 Millionen Schilling jährlich. Dazu noch eine Reihe von Detailverbesserungen.

Mit 1. Jänner 1975 wurden die steuerfreien Absetzbeträge neuerdings für die Opfer erhöht. Außerdem werden in der 23. Novelle, die nun zur Debatte steht, jene Menschen als Opfer anerkannt, die eine Freiheitsbeschränkung in Deutschland oder in den von Deutschland besetzten Gebieten erlitten haben. Es handelt sich hier größtenteils um Opfer, die in Ghettos verschleppt oder in verschiedenen Lagern angehalten wurden. Verbessert wurden die Bestimmungen über die Kinderzulage, die jetzt in der gleichen Höhe ausbezahlt wird, wie dies nach dem KOVG der Fall ist.

Besonders begrüßen wir die Regelung in der Frage des An-

spruches auf Leistungen durch die Krankenkassen: Nunmehr haben alle Inhaber einer Amtsbescheinigung Anspruch auf die Leistungen, wie sie von den Gebietskrankenkassen gewährt werden, ganz gleich bei welcher Krankenkasse sie pflichtversichert sind. Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch darauf hinweisen, daß gerade die Menschen, die sich in der Zeit des Faschismus für die Demokratie eingesetzt haben, schwere Opfer auf sich nehmen mußten. Dem Einsatz von Leben und Gesundheit ist es zu danken, daß Österreich 1945 von den Alliierten als freies Land anerkannt wurde. Die Leistungen im Widerstandskampf haben nicht unwesentlich dazu beigetragen, daß für uns die Bestimmungen des Staatsvertrages so günstig ausgefallen sind.

Ich erwähne dies deshalb, weil wir in diesem Jahr zwei Jubiläen feiern. Wir werden im April 30 Jahre Zweite Republik und im Mai 20 Jahre österreichischer Staatsvertrag feiern. Das wäre ein Anlaß, diesen Menschen, die hiezu einen so bedeutenden Beitrag geleistet haben, besonders zu danken; dazu hat die Zweite Republik eine Verpflichtung.

Ich freue mich besonders, daß dieser Gedanke bei der Regierung auf Verständnis gestoßen ist, und ich habe heute die Aufgabe, einen Abänderungsantrag zum Opferfürsorgegesetz einzubringen. Nach Verhandlungen des Sozialministers mit der Bundesregierung und dem Finanzminister wurde eine Regelung in dieser Frage erreicht. So wurde es ermöglicht, daß die Rentenbezieher nach dem Opferfürsorgegesetz — Bezieher einer Opfer-, Unterhalts- oder Hinterbliebenenrente — eine einmalige Zahlung im April erhalten. Vorgesehen sind für die Opfer ein Betrag von 1000 Schilling und für die Hinterbliebenen 500 Schilling. Der Personenkreis, der in den Genuß dieser Begünstigung fällt, umfaßt ungefähr 6500 Menschen und der dazu erforderliche Betrag übersteigt 5 Millionen Schilling. Wir freuen uns, daß wir für die Probleme der Opfer bei unserem Sozialminister immer Verständnis finden. Ein Beweis, wie die sozialistische Regierung die Tätigkeit der Menschen, ihre Opfer und ihre Leiden anerkennt, sind ja auch die Verbesserungen, welche die drei Novellen seit dem Jahre 1970 den Opfern gebracht haben.“

Der Abänderungsantrag, den die sozialistischen Abgeordneten Edmund Kittl und Otto Skritek gestellt hatten*, wurde nun von Genossen Skritek vorgelesen. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Aus Anlaß des 30. Jahrestages der Befreiung Österreichs von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft erhalten zugleich mit der Rente für April 1975 alle Bezieher einer Opferrente gemäß § 11 Abs. 2 oder Unterhaltsrente gemäß § 11 Abs. 5 lit. a oder c eine einmalige Zahlung von 1000 S und alle Bezieher einer Hinterbliebenenrente gemäß § 11 Abs. 3 oder Beihilfe gemäß § 11 Abs. 7 eine einmalige Zahlung von 500 S.“

Die sozialistische Regierung hat aber nicht nur unsere Wünsche in den drei Novellen berücksichtigt, sondern es wurde durch den § 283 im Strafgesetz, der die Verhetzung gegen Religion und Rassenhaß unter Strafe stellt, ein Beitrag geleistet, der den Wünschen der Opfer des Faschismus, der Kämpfer für ein freies Österreich entgegenkommt. Denn es sind nicht nur Entschädigungsfragen das Anliegen der ehemaligen Widerstandskämpfer und Opfer, sondern auch die Sicherung der Demokratie und die Verhinderung des Aufkommens eines neuen Faschismus.

„Es ist selbstverständlich, daß manche Erscheinungen auch in Österreich die Besorgnis dieser Menschen erregen müssen — ich denke in diesem Zusammenhang an Ereignisse in Kärnten im Zusammenhang mit dem Ortstafelgesetz, ich denke an die ‚Deutsche Soldatenzeitung‘ und an manches, was sich im Zusammenhang mit den Problemen der Gastarbeiter ereignet. Die Demokratie gibt den Gegnern der Republik einen größeren Spielraum, und mit Gesetzesbestimmungen allein ist hier kein Erfolg zu erzielen. Es ist daher die Erziehung der Jugend eine wichtige Aufgabe. Wir dürfen auch verlangen, daß die Jugend Klarheit über die Vergangenheit erhält, es darf nichts verschwiegen und verheimlicht werden. Es ist auch die Aufgabe der Regierung, dafür zu sorgen, daß der Faschismus keinen Nährboden bei uns findet, wie dies in der Ersten Republik, bedingt durch die Arbeitslosigkeit, der Fall war. Darum begrüßen wir die Politik der sozialistischen Regierung, die bestrebt ist, die Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten, ganz besonders. Es handelt sich um eine sehr ernste Frage und ich wiederhole, daß wir in der Erziehung und Aufklärung der Jugend in Fragen der Wirtschaftspolitik, die für die Vollbeschäftigung maßgebend ist, auch eine wichtige Voraussetzung sehen, daß die Wiederkehr des Faschismus nicht mehr möglich ist.“

Unser Genosse Otto Skritek vertritt die Interessen der Opfer schon seit Jahren im Parlament, und er zeigt in seinen Diskussionsreden immer, wie sehr ihm die Probleme der Opfer am Herzen liegen. Wir danken ihm für seine Unterstützung im Parlament, und wir sind ihm besonders dafür dankbar, daß er nie versäumt, auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die der Republik durch antisemitische und neofaschistische Umtriebe erwachsen.

* Vgl.: „Der sozialistische Kämpfer“, Nr. 1—3, Jänner/Februar/März 1975, Seite 10.

VON NEUEN BÜCHERN

Service für den Staatsbürger

Das alphabetische Register des vom Zentralsekretariat der SPÖ herausgegebenen Handbuchs „Service für den Staatsbürger“ beginnt mit der Abfertigung für Angestellte und endet mit Zivildienst und Zweitem Bildungsweg. Innerhalb dieses A—Z findet der Ratsuchende auf 243 Seiten alle Informationen, die notwendig sind, um sich bei Ämtern und Behörden zurechtzufinden. Dabei sind vor allem die von der Regierung neu eingeführten Leistungen des Bundes für den Staatsbürger berücksichtigt.

Gegenüber der im Sommer 1973 erschienenen ersten Auflage dieses Behelfs, die schon innerhalb kurzer Zeit vergriffen war, ist das neue Service-Handbuch der SPÖ um ein Kapitel für Gewerbetreibende erweitert. Die Gliederung in Kapitel für junge Menschen, Eltern, Arbeiter und Angestellte, Wohnungssuchende, Bauern, Pensionisten, Konsumenten und Gewerbetreibende sowie ein ausführliches Register erleichtern den Gebrauch des Buches, dessen Informationen auf den neuesten Stand vom Jänner 1975 gebracht worden sind.

In dem Handbuch finden sich eingehende Informationen über die verschiedensten Sachgebiete: Auch Wohnraumbeschaffung, Produktdeklaration und Arbeitsmarktservice, sowie schließlich auch Tips für den Gebrauchtwagenkauf. Unter der Überschrift „Schlank werden — aber richtig“ werden sogar Diätrezepte angeboten. Zahlreiche Adressenangaben zu den einzelnen Kapiteln runden das Informationsangebot des Service-Handbuchs ab.

Das Service-Handbuch der SPÖ, das in erster Linie als Unterstützung für die Arbeit von Funktionären und Mandatären gedacht ist, wird den sozialistischen Bürgermeistern, Gemeinderäten und Betriebsratsobmännern zugesandt werden und ist auch im Buchhandel erhältlich.

Lebensführung und Gesundheit

Gesundheit — das ist mehr als bloß das Freisein von Krankheiten oder Gebrechen. So hat die Weltgesundheitsorganisation den Begriff Gesundheit definiert. Dazu gehört nämlich vor allem auch noch das völlige körperliche, seelische und geistige sowie das soziale Wohlbefinden; dazu gehört aber ebenso der Einfluß, den die Umwelt auf Gesundheit und Krankheit ausübt. Denn gerade für das soziale und seelische Wohlbefinden spielt diese Umwelt eine ganz entscheidende Rolle.

Was ist darunter zu verstehen? Zuerst einmal gehört die Wohnung, das „Zuhause“, sowie der Arbeitsplatz dazu, an dem der tätige Mensch ja ein Drittel des Tages verbringt. Darüber hinaus aber ist es die Umgebung, die Welt schlechthin, in der wir leben. Und diese Umwelt kann nun gesundheitsfreundlich sein oder die Gesundheit gefährden, ja sie ständig sogar schädigen.

Dieser schädliche Einfluß der Umwelt, der heute mehr denn je die ganze Aufmerksamkeit aller fordert, kann unter anderem am Beispiel des Herzinfarkts und der in den letzten Jahrzehnten erschreckend stark angestiegenen Herz- und Kreislaufkrankheiten eindeutig nachgewiesen werden. Daß andererseits aber die persönliche Lebensführung dieser immer größer werdenden Bedrohung entgegenwirken kann, wird Prof. Doktor Karl Fellingner von der II. Medizinischen Universitätsklinik ab 1. April 1975 im Tonbanddienst der Österreichischen Arbeitsgemeinschaft für Volksgesundheit eingehend besprechen.

Der Tonbanddienst kann in Wien unter der Telefonnummer 17 70 gerufen werden. Aber auch in Linz (Vorwahl 0 72 22) 194 und in Klagenfurt (0 42 22) 196 ist der Vortrag von Prof. Dr. Karl Fellingner, der Präsident der Österreichischen Arbeitsgemeinschaft für Volksgesundheit ist, jederzeit zu hören.

Kundgebung und Schweigemarsch

Sonntag, den 27. April 1975

veranstaltet die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs im Rahmen einer Kundgebung einen Schweigemarsch.

Unsere Kundgebung beginnt bei der Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus — dem ehemaligen Sitz der GESTAPO — Wien I, Saltorgasse 6, und wird nach dem Schweigemarsch beim Parlament beendet.

Symbolisch soll der Schweigemarsch an den Opfergang des österreichischen Volkes erinnern.

Programm

Gedenkstätte: 10 Uhr

„Unsterbliche Opfer...“, Chor
Worte der Begrüßung

Schweigemarsch am Rathaus vorbei zum Parlament.

Parlament: 11 Uhr

„Die junge Republik“, Chor
Ansprache: **Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky**
„Bundeshymne“, Chor und Teilnehmer

Mitwirkende: Chor des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Leitung Professor Erwin Weis

Treffpunkte: 9.30 Uhr

Gedenkstätte, Wien I, Saltorgasse 6, für die Mitglieder der Opferverbände, der Lagergemeinschaften, des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes mit ihren Angehörigen.

10.30 Uhr

Rathausplatz für die Teilnehmer der Bezirke, Organisationen und jene Teilnehmer aus den Bundesländern, die nicht rechtzeitig bei der Gedenkstätte eintreffen können. Vom Rathausplatz wird gemeinsam der Schweigemarsch zum Parlament fortgesetzt.

Dieses Gedenken an die historischen Apriltage 1945 ist eine österreichische Kundgebung, und wir erwarten daher viele Teilnehmer aus allen Bundesländern.

Feierstunde im Palais Auersperg

Im Zeichen der Feiern anlässlich der 30. Wiederkehr der Befreiung Österreichs und des 20. Jahrestages des Abschlusses des österreichischen Staatsvertrags stand auch die diesjährige Jahresversammlung des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes am Mittwoch, dem 12. März 1975, im Palais Auersperg in Wien. Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger nahm an der festlichen Veranstaltung teil.

Die Gedenkansprache hielt ÖGB-Präsident Anton Benya. Er verwies auf die große Bedeutung der Arbeiterbewegung für die demokratische Republik Österreich und schilderte die unerhört schwierigen sozialen und politischen Verhältnisse der Ersten Republik, die zu einem Februar 1934 und schließlich fast zwangsläufig zu den verhängnisvollen Ereignissen im März 1938 geführt haben.

„Die Zerstörung der jungen Demokratie war der Anfang vom Ende der Ersten Republik!“ sagte Genosse Benya. „Die von dem damaligen autoritären Regime in die Illegalität gedrängte österreichische Arbeiterbewegung führte aber den Kampf um die Wiederherstellung der Demokratie und für die Unabhängigkeit Österreichs weiter, und die in der Illegalität wirkenden Gewerkschaften sammelten damals mehr als eine Million Unterschriften für die Unabhängigkeit Österreichs; doch die damalige Regierung war nicht bereit, die notwendige Verständigung herbeizuführen!“ Die ersten Widerstandsgruppen gegen die nationalsozialistische Fremdherrschaft entstanden in der Arbeiterbewegung, und hier gab es auch die ersten Verhaftungen gleich im März 1938 und anschließend die Transporte in die Konzentrationslager.

In diesen Widerstandsgruppen gegen den Hitlerfaschismus, in den Gefängnissen und Konzentrationslagern entstand erstmals jenes Verständnis für die politische Überzeugung der anderen, ein Verständnis, das eine Vorbedingung für die Demokratie ist. Hier herrschte Einigkeit darüber, daß das kommende Österreich frei, unabhängig und demokratisch sein sollte. Dafür kämpften diese Patrioten, und sie setzten ihr Leben aufs Spiel — Arbeiter, Angestellte, Bauern, Studenten, Priester, Beamte und Intellektuelle. Es waren Sozialisten, Kommunisten, ehemalige Christlichsoziale, Parteilose — und nicht zuletzt Gewerkschafter.

Dieser Kampf um ein freies Österreich forderte hohe Blutopfer. 2700 Österreicher wurden hingerichtet, mehr als 32.000 in Gefängnissen und Konzentrationslagern wegen ihrer politischen Überzeugung ermordet. Weit über 65.000 österreichische Juden wurden von den Nazis umgebracht, und nur knapp 2100 von ihnen überlebten diese Hölle. Hunderttausende Österreicher litten jahrzehntelang und viele leiden noch heute an Krankheiten und Verletzungen, die sie durch Faschismus und Krieg erlitten haben.

Diese leidvollen Erfahrungen haben nach 1945 zu einem gemeinsamen Willen zum Aufbau geführt. Arbeiter, Angestellte und Beamte haben die zerstörten Betriebe wiederaufgebaut, die schwierigen Probleme einer demokratischen Verwaltung gelöst, einen neuen Staat gegründet. Und als am Stadtrand von Wien noch die Kanonen donnerten, wurde der ÖGB als überparteiliche und unabhängige Interessenvertretung aller österreichischen Arbeitnehmer gegründet. In diesen dreißig Jahren hat er einen wesentlichen Beitrag zum Aufbau und zur Erhaltung unserer Republik Österreich geleistet.

„Es war eine logische Folge dieser Entwicklung, daß der österreichische Nationalrat aus eigenem freiwilligen Entschluß die immerwährende Neutralität Österreichs beschlossen hat!“ führte Benya weiter aus, „denn sie ist die beste Garantie für die Unabhängigkeit Österreichs. Das Wissen um die Vergangenheit kann ein Kraftquell für die Zukunft sein, für eine gesicherte und bessere Zukunft. Deshalb — niemals vergessen! Alles für die demokratische Republik Österreich!“

Bei der Veranstaltung wirkte auch der Chor des österreichischen Gewerkschaftsbundes mit, der unter der Leitung von Genossen Erwin Weiss Lieder des Widerstandes zum Vortrag brachte.



Sozialisten wie der Duce?

Die „AZ“ rühmte unlängst Raoul Sencič. Der Führer der Tupamaros ist Sohn des geflüchteten Adjutanten von Ante Pavlovitsch (Ustascha). Er sammelte „Tupamaros“ zuerst in Kirchen — wie einst in Kroatien. Mit Überfällen auf Juden begann der Terror — (foltern jüdischer Mädchen durch Einbrennen von Hakenkreuzen) — und das soll ein Gefährte Allendes sein?

Mit Terrorfreunden begann aber schon der Duce seinen Marsch in der SDP Italiens — heute gibt es eine starke Unterwanderung sozialistischer Parteien durch Faschisten, Vichy-Leute, NS-Funktionäre, Aaberg-Männer (Schweden) und Mosleys Rassisten (England).

Haben wir das alles wirklich schon vergessen? Und sehen wir wirklich nicht, was sich oft da und dort abspielt?

„Freundschaft!“

E. Simone (Wien 17.)

100 Jahre Favoriten

Favoriten feierte 1974 sein hundertjähriges Bestehen als zehnter Wiener Gemeindebezirk. Aus diesem Anlaß gab es eine gelungene Ausstellung unter dem Titel „100 Jahre Favoriten“ in den noch unfertigen Räumen der künftigen U-Bahn-Station Favoritenstraße-Gudrunstraße. In dieser Ausstellung fanden auch die Jahre 1934 bis 1945 ihren Niederschlag. In 17 Texttafeln, vielfach Wiedergaben von Zeitungen aus jener Zeit, und vielen Photos wurde das Geschehen von damals anschaulich gemacht. Die gewaltsame Machtergreifung durch die Vaterländische Front und die verschiedenen Heimwehrverbände, die Aufhebung der Demokratie, das Verbot aller demokratischen Parteien, Verbände und Einrichtungen in der Zeit von 1933 bis 1938, und schließlich die Annexion unserer Heimat durch Hitler-Deutschland.

Unverständlich jedoch war, daß nichts vom Widerstandskampf der Favoritner zu sehen war, obwohl es in den Februartagen 1934 zu schweren Kämpfen mit der schwerbewaffneten Heimwehr und der Exekutive kam. Auch daß sich damals im Ahornhof die Zentralleitung des schon 1933 aufgelösten Republikanischen Schutzbundes befand, wurde in dieser Ausstellung nicht erwähnt. Über die vielen Widerstandskämpfer, die in den Jahren der NS-Gewaltherrschaft verhaftet wurden und den schicksalsschweren Weg über das zu jener Zeit berüchtigte Polizeikommissariat Favoriten (Götzgasse) in die Gefängnisse und Konzentrationslager antraten, wurde ebenfalls nichts ausgesagt. Keine Zahl nannte die vielen Opfer des Faschismus. Daß gerade dieser wichtige Abschnitt unserer jüngsten Geschichte nicht berücksichtigt wurde, ist eine bedauerliche Unterlassung.

Zweifellos wird es in Zukunft noch Gelegenheit geben, dieses Versäumnis nachzuholen. Auf eine dieser Gelegenheiten möchte ich noch hinweisen: In absehbarer Zeit wird in Favoriten ein Heimatmuseum eingerichtet. Es müßte dann im Rahmen der Darstellung der

Wir bitten alle Genossen, die uns Briefe, Berichte oder Beiträge einsenden, welche für unsere Zeitung „Der sozialistische Kämpfer“ bestimmt sind, solche Manuskripte mit einer Zeile Zwischenraum (zweizeilig) abzufassen und den Bogen Papier immer nur einseitig zu beschreiben.

Geschichte Favoritens, der Verfolgung, dem Widerstand und den Opfern des Bezirkes ein würdiger Platz eingeräumt werden.

An der Sammlung von erforderlichen Dokumentenunterlagen für eine Ausstellung sowie auch einiger Tafeln für das Heimatmuseum könnten sicherlich die Favoritner Bezirksgruppen der drei KZ-Opferverbände mit Einbeziehung des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes zusammenarbeiten, um eine würdige Gestaltung dieses Vorhabens herbeizuführen.

F. F. (Wien X)



Wie zahlt man weniger Lohnsteuer?

Viele Steuerzahler „schenken“ dem Finanzamt oft sehr viel Geld, weil sie die Absetzmöglichkeiten von der Lohnsteuer nicht kennen. Nun hat das Finanzministerium kürzlich eine Broschüre veröffentlicht, die über die Möglichkeiten zur Senkung der Lohnsteuer unterrichtet.

In dieser Publikation werden allgemeinverständlich die verschiedenen Absetzbeträge erläutert und die Neuerungen erklärt, die die Steuersenkung 1975 mit sich bringt. An zahlreichen Beispielen werden auch Begriffs-erklärungen dargestellt.

Die Broschüre „Wie zahle ich weniger Steuer?“ ist kostenlos bei den Finanzämtern und in zahlreichen Geldinstituten erhältlich.



„Österreicher in Auschwitz“

Wir bitten nochmals um die Bekanntgabe bisher unbekannt gebliebener Tatsachen oder noch nicht verwerteter Berichte und Erlebnisse aus dem KZ Auschwitz, insbesondere solcher, die sich auf Österreicher beziehen. Denn trotz der Publikationen, die es bereits über Auschwitz gibt, von Frankl, Kautsky, Langbein, Lingens, Wolken und anderen ehemaligen Häftlingen, und trotz der umfangreichen Akten aus den Kriegsverbrecher-Prozessen und der Dokumentensammlung des Staatlichen Museums in Auschwitz wird es noch manche bis jetzt unbekannt gebliebene Erlebnisse, Tatsachen und schreckliche Episoden gegeben haben, an denen Österreicher beteiligt waren oder die sich auf Österreicher bezogen.

Wann Eure Berichte dann verwertet werden sollen, steht derzeit noch nicht fest. Jedenfalls aber wird das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes in der Reihe „Monographien zur Zeitgeschichte“ demnächst eine Broschüre unter dem Titel „Österreicher in Auschwitz“ herausgeben. Die Berichte können völlig formlos abgefaßt sein, sollten aber doch tunlichst auch Ort und Zeit der Festnahme, der Einlieferung in Auschwitz, des Blocks oder des zugewiesenen Kommandos enthalten. Auch ob und wie (Kontaktleute) Österreicher in der Widerstandsbewegung des Lagers mitgearbeitet haben, soll festgehalten werden.

Wir hoffen, daß wir noch einige Berichte von Euch erhalten werden, denn so können wir dazu beitragen, unser „Niemals vergessen!“ zu einer Mahnung für kommende Generationen zu machen: Ein Auschwitz darf es nie wieder geben!

Internationale Filmtage

„30 Jahre nach der Befreiung“

Die Volkshochschule Brigittenau veranstaltet in der Wiener Urania unter dem Titel „30 Jahre nach der Befreiung“ internationale Filmtage, für die bereits die vorläufige Programmfolge vorliegt.

Die Serie der Filmvorführungen wird am Dienstag, dem 29. April 1975, vom 3. Präsidenten des Nationalrates, Genossen Otto Probst, und von Bundesrat Fritz Eckert mit kurzen, einleitenden Worten eröffnet werden, worauf ein sowjetischer Historiker zu dem Film in deutscher Sprache sprechen wird.

Bis jetzt sind nur die Filmbeiträge aus England und aus den USA noch nicht festgelegt. Es gilt aber als sehr wahrscheinlich, daß am 30. April 1975 ein amerikanischer Dokumentarfilm über die Befreiung Europas vorgeführt werden kann, so daß dann der jetzt vorläufig für diesen Tag angesetzte dänische Film auf den 11. Mai 1975 verlegt würde. Die Filmtage wären dann mit diesem Film abgeschlossen.

Die Filmvorführungen finden im Mittleren Saal der Wiener Urania statt und beginnen jeweils um 19.30 Uhr. Der Regiebeitrag beträgt 12 S für jede Vorführung.

Vorläufiges Programm:

- 29. April: **Die Befreiung Europas** (UdSSR).
Regie: Oserow.
Beiprogramm: Die Schlacht um Berlin.
- 30. April: **Der var engang en krig** (Es war einmal ein Krieg) (Dänemark).
In Originalsprache mit deutschen Untertiteln.
Beiprogramm: På vagt for kongen (Auf Wacht für den König).
- 2. Mai: **Sieg** (Polen).
In Originalsprache mit deutschen Untertiteln.
Der Regisseur des Filmes, Dir. Passendorfer (Polnisches Kulturinstitut) wird einleitende Worte zu dem Film sprechen.
Beiprogramm (steht noch nicht fest).
- 3. Mai: **Der 20. Juli** (BRD).
- 4. Mai: Ein Film aus der DDR. (Titel steht noch nicht fest.)
- 5. Mai: **Overfald** (Der Überfall) (Niederlande).
In Originalsprache mit englischen Untertiteln.
Beiprogramm: Niederländische Passion.
- 6. Mai: **Tage des Verrates I** (ČSSR).
- 7. Mai: **Tage des Verrates II** (ČSSR).
- 9. Mai: **Tu moissonneras la tempete** (Du wirst den Sturm ernten) (Frankreich).
In Originalsprache mit Simultanübersetzung.
Ein Film von R. L. Bruckberger.
- 10. Mai: **Der Vater eines Soldaten** (UdSSR).

Das Mauthausen-Museum

Die Gedenkstätte Mauthausen und das Museum Mauthausen sind zu folgenden Zeiten geöffnet:

- 24. Jänner bis 30. April:
täglich von 8.00 bis 12.00 Uhr
12.30 bis 16.30 Uhr
- 1. Mai bis 30. September:
täglich von 8.00 bis 12.00 Uhr
12.30 bis 17.30 Uhr

Das Museum Mauthausen ist auch an Sonntagen zu den gleichen Besuchszeiten allgemein zugänglich, ebenso am Ostermontag und Pfingstmontag. Dagegen bleiben die Gedenkstätte Mauthausen und das Museum Mauthausen an jedem Montag und in der Zeit vom 15. Dezember bis 23. Jänner durchgehend geschlossen.

Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW)

Die Benützung der Bestände des Dokumentationsarchivs der Österreichischen Widerstandsbewegung, Altes Rathaus, Wien 1, Wipplingerstraße 8, ist jeden Montag, Mittwoch und Donnerstag in der Zeit von 8 bis 17 Uhr möglich.

1010 Wien 1, Wipplingerstraße 6—8, Stiege III
Telephon 63 07 31/332

Bruno Marek — 75. Geburtstag

Der Wiener Altbürgermeister Genosse Bruno Marek feierte in diesen Tagen seinen 75. Geburtstag.

In Wien geboren, kam er als junger kaufmännischer Angestellter noch in der Monarchie zur Gewerkschaft und im Jahre 1918, nach Ausrufung der Republik, zur Sozialdemokratischen Partei. Im Februar 1934 wurde er wie so viele unserer Genossinnen und Genossen von der austrofaschistischen Polizei verhaftet. Er war damals als Referent der Wiener Messe AG tätig und wurde sofort fristlos entlassen. Während des Zweiten Weltkrieges war Genosse Bruno Marek Mitglied einer Gruppe der österreichischen Widerstandsbewegung.

Nach der Befreiung wurde Genosse Marek zum Präsidenten des Wiener Landtages gewählt — eine Funktion, die er volle zwei Jahrzehnte innehatte. Dem Bundesrat gehörte Genosse Marek von 1965 bis 1968 an.

Die Wiener Messe AG, deren Direktor er schon 1945 wurde, entwickelte sich unter seiner Leitung zu einem Unternehmen von Weltgeltung. Im Juni 1965 — nach der Wahl von Genossen Franz Jonas zum Bundespräsidenten — wurde Genosse Marek dann zum Bürgermeister von Wien bestellt und blieb dies mehr als ein halbes Jahrzehnt; er setzte die Reihe der großen Wiener Volksbürgermeister erfolgreich fort.

Zu seinem 75. Geburtstag gingen dem Jubilar aus allen Kreisen der Bevölkerung die herzlichsten Glückwünsche zu. Wir schließen uns diesen Glückwünschen ganz besonders herzlich an. Möge unser Genosse Marek, der unserem Bund schon seit dem Jahre 1949 angehört und dem schon viele Ehrungen für sein verdienstvolles Wirken im Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus und neonazistische Umtriebe zuteil geworden sind, noch viele Jahre in unseren Reihen wirken!

Karl Czernetz — 65. Geburtstag

Genosse Karl Czernetz, einer der wenigen Experten für außenpolitische Fragen im österreichischen Nationalrat, feierte in diesen Tagen seinen 65. Geburtstag. Er ist bekanntlich auch internationaler Sekretär der SPÖ und einer der führenden sozialistischen Vertreter im Straßburger Europarat.

Genosse Czernetz erlernte zunächst den Beruf eines Photographen. Er stieß sehr früh zur Arbeiterbewegung und war schon vor dem Schicksalsjahr der österreichischen Demokratie im Jahre 1934 Funktionär der Gewerkschaftsjugend und der Sozialistischen Arbeiterjugend. In der Zeit des Austrofaschismus war er in hervorragender Funktion in der illegalen Bewegung der Revolutionären Sozialisten unter dem Decknamen Thomas tätig. Wegen seiner Teilnahme am illegalen Kampf verbüßte er mehrere Monate Polizeihaft.

Nach dem Einfall Hitlers in Österreich emigrierte Genosse Czernetz über die Schweiz nach Frankreich und später nach England, wo er dem Londoner Büro der österreichischen Sozialisten angehörte und zusammen mit Genossen Oscar Pollak und Karl Ausch in Wort und Schrift für das baldige Wiedererstehen eines unabhängigen Österreich eintrat. Als einer der ersten kehrte er im Herbst 1945 aus der Emigration nach Wien zurück. Er wurde Mitglied des Parteivorstandes der neuerstandenen SPÖ und reorganisierte das Bildungs-

wesen der Partei. Im Jahre 1949 wurde er als Vertreter des Wahlkreises Wien-Nordost in den Nationalrat gewählt. Als Obmann des außenpolitischen Ausschusses beschäftigt er sich vorwiegend mit internationalen Problemen; im Straßburger Europarat wurde Czernetz bald einer der führenden sozialistischen Sprecher und auch Vorsitzender der sozialistischen Fraktion. Wenn Genosse Karl Czernetz im Nationalrat spricht, so wird ihm als einem von wenigen die ungeteilte Aufmerksamkeit aller Fraktionen zuteil. Und als nach der Wahl Kirchschrägers zum Bundespräsidenten das Außenressort neu besetzt werden mußte, da war Genosse Karl Czernetz einer der Kandidaten für den Posten des Außenministers. Inzwischen kommt allerdings seiner Arbeit im Straßburger Europarat große Bedeutung zu.

Czernetz, der Chefredakteur der Zeitschrift „Die Zukunft“ ist, leitet auch die Bildungszentrale der SPÖ und ist damit für die politische Schulungsarbeit verantwortlich. Er hat eine Reihe von Schriften veröffentlicht, in denen er sich mit außenpolitischen Fragen und Problemen der sozialistischen Theorie auseinandersetzt. Eine Sammlung seiner Arbeiten erschien zu seinem 60. Geburtstag in Buchform unter dem Titel „Europa und der Frieden“. Dem jüngsten Fünfundsechziger der SPÖ gingen in diesen Tagen aus allen Organisationen der Partei die herzlichsten Glückwünsche zu. Die offizielle Gratulation der Partei übermittelten die Genossen Dr. Bruno Kreisky und Fritz Marsch in einem Glückwunschtelegramm. Für die Wiener SPÖ gratulierten die Genossen Leopold Gratz und Heinz Nittel. Diesen Glückwünschen schließt sich auch der Bundesvorstand namens der sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus an.

Für Spaniens Freiheit

Die Vereinigung österreichischer Freiwilliger in der spanischen Republik 1936 bis 1938 und der Freunde des demokratischen Spanien hielt am 8. Februar 1975 die diesjährige Generalversammlung ab. Den Bericht über die Tätigkeit der Vereinigung erstattete unser Genosse Dr. Josef Schneeweiß, der die Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden ausübte.

Genosse Schneeweiß betonte, wie groß die Bedeutung internationaler Solidaritätsaktionen für die in Spanien inhaftierten politischen Gefangenen ist, er wies aber auch darauf hin, wie wichtig es war, der jungen Generation einen Begriff über den seit nunmehr fast 40 Jahren geführten Freiheitskampf des spanischen Volkes zu vermitteln. Die Spanienkämpfer haben bekanntlich eine anschauliche Ausstellung von Originalfotos und Dokumenten präsentiert, die in Wien seinerzeit im Alten Rathaus gezeigt worden ist; viele der dort gezeigten Bilder wurden auch anlässlich unserer letzten Bundeshauptversammlung ausgestellt.

Bei dieser Versammlung der österreichischen Spanienfreiwilligen hielt auch unser Genosse Josef Hindels ein Referat über die gegenwärtige politische Lage auf der iberischen Halbinsel. Dann wurde der Film „Acusamos — Venceremos“ vorgeführt. Es wurde auch ein Protest-Telegramm im Zusammenhang mit der Berufung der in Madrid zu Höchststrafen verurteilten spanischen Gewerkschaftsführer sowie eine Resolution zur Lage in Spanien beschlossen. Insbesondere diese Resolution ist es, die ein großes Echo in der Öffentlichkeit und bei den politischen Instanzen haben wird. Im Text des einstimmig beschlossenen Schriftstücks heißt es u. a.:

„Der Massenwiderstand der arbeitenden Menschen, der immer offenere Formen annimmt, versetzt das Regime in Angst und Furcht und führt zur Verschärfung der Repression.

Die katholische Kirche — viele Jahre ein Stützpfiler der Diktatur — ist mit der nationalen Bischofskonferenz vom 30. November 1974, die sich für eine „... tiefgreifende Evolution der Institutionen ...“ und die „... Wahrung der Grundrechte der Bürger ...“ aussprach, eindeutig und klar in Opposition zum Regime getreten.

Symptomatisch ist, daß sich in den letzten Tagen sogar zirka 500 Beamte, unter ihnen hohe Vertreter der Regierungs- und Ministerialbürokratie, an Ministerpräsident Arias Navarro mit der Forderung nach Demokratisierung gewandt haben.“

Soweit das Zitat aus der eingangs erwähnten Resolution. In Spanien deutet alles darauf hin, daß die große Mehrheit der Spanier, weit über die Arbeiterschaft hinaus, immer energischer das Recht auf die völlige Demokratisierung des politischen Lebens im Lande fordert.

Die Mitarbeiter

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossen und Genossinnen mitgearbeitet:

Paul Bernstein, Franz Danimann, Walter Hacker, Josef Hindels, Rudolfine Muhr, Rudolf Trimmel.

Nationale Gedenkstätten

Im Jahre 1957 wurde auf einer Tagung des Internationalen Auschwitz-Komitees der Beschluß gefaßt, im Staatlichen Museum in Auschwitz Ausstellungsblocks derjenigen Länder einzurichten, deren Bürger im KZ Auschwitz inhaftiert waren. Diese Anregung des Auschwitz-Komitees nahm der Wissenschaftliche Rat des Museums beifällig auf und das Ministerium für Kultur und Kunst in Polen erteilte die Einwilligung für die Verwirklichung dieses Beschlusses.

In den darauffolgenden Jahren erfolgte die Eröffnung einer Reihe von nationalen Ausstellungen: die tschechoslowakische und ungarische im Jahre 1960, die Exposition der Deutschen Demokratischen Republik und der UdSSR im Jahre 1961, die jugoslawische im Jahre 1963, die belgische im Jahre 1965 und die dänische im Jahre 1968.

Daraus ist aber zu ersehen, daß noch eine große Arbeit bevorsteht, denn viele Länder besitzen keine Blocks in Auschwitz. Dabei wäre noch hinzuzufügen, daß die einzelnen Ausstellungen eines jeden Landes durch keine Bestimmungen hinsichtlich der Einzelheiten beschränkt werden. Die allgemeinen Hinweise betreffen bloß die Anprangerung des Nazismus, die Betonung des Kampfes um den Frieden sowie ein Verbot, Akzente anzubringen, die die patriotischen, nationalen und rassischen Gefühle verletzen könnten.

Die Ausstellungen werden auch auf Kosten des Landes veranstaltet, das die Ausstellung einrichtet, während das Staatliche Museum in Auschwitz die entsprechenden Räume zur Verfügung stellt. Das Museum ist im Besitz einer Dokumentation, die für alle Aussteller von größter Bedeutung ist, und es liegen auch bereits Pläne vor, die sich auf die Veranstaltungspläne der österreichischen und der italienischen Ausstellung beziehen.

Aus dem Wiener Landesverband

Die Bezirke berichten:

Leopoldstadt

Jahresversammlung: Bei der am 17. März 1975 abgehaltenen Jahresversammlung unserer Bezirksgruppe wurden folgende Genossinnen und Genossen einstimmig in den Ausschuß gewählt:

- 1. Obmann: Genosse Otto Skritek
- 2. Obmann: Genossin Paula Sofka
- Kassier: Genosse Robert Landau
- Schriftführer: Genosse Max Grünwald
- Kartei: Genosse August Scherz
- Kontrolle: Genosse Stanislaus Kriss

Delegierte zur Bundeshauptversammlung: Die Genossin Paula Sofka und Genosse Otto Skritek

Delegierte zur Landeshauptversammlung: Die Genossin Paula Sofka sowie die Genossen Otto Skritek, Stanislaus Kriss und Robert Landau.

Landstraße

Jahresversammlung. Die Bezirksgruppe Landstraße hielt am Mittwoch, dem 26. Februar 1975, um 19 Uhr, ihre Jahresversammlung im Volkshaus Landstraße ab. Da Genosse Franz Adelpoller erkrankt war, begrüßte Genossin Frieda Nödl alle Anwesenden, besonders unseren Bezirksvorsteher, Genossen Jakob Berger, der als Referent und Vertreter der Bezirksorganisation der SPÖ gekommen war. Dann gedachte die Versammlung jener Genossinnen und Genossen, die im Berichtszeitraum von uns gegangen waren. Es war ein ergreifendes Abschiednehmen von bewährten Kampfgefährten und treuen Gesinnungsgenossen aus schwerer Zeit — den Genossinnen Maria Plamm, Josefine Wagner und Maria Wobornik, sowie den Genossen Rudolf Liberda, Georg Rossak, Anton Regl und Franz Schöffel. Der verdienten Genossinnen und Genossen wurde in einer Trauerminute gedacht.

Die Tagesordnung wurde unverändert angenommen und Genosse Jakob Berger erstattete sein politisches Referat, nachdem er noch die Grüße des Bundesvorstandes und der Partei überbracht und den Mitgliedern und Mitarbeitern für ihre treue Arbeit gedankt hatte.

Das Referat war mit großem Interesse aufgenommen worden und Genossin Frieda Nödl dankte dem Referenten mit

Gedenkstätte für die Opfer des österreichischen Freiheitskampfes Wien 1, Saltorgasse 6

Besuchszeiten:

- Montag: 14 bis 18 Uhr
- Donnerstag: 8 bis 12 Uhr
- Samstag: 9 bis 12 und 14 bis 17 Uhr
- Sonntag: 9 bis 12 Uhr

herzlichen Worten. Dann erteilte sie unserer Genossin Barbara Werner das Wort zu ihrem Tätigkeitsbericht. Genosse Richard Werner erstattete anschließend den Kassabericht und namens der Kontrolle stellte Genosse Glatz den Antrag auf Entlastung des Kassiers und des Ausschusses. Alle Anträge wurden einstimmig angenommen.

Dann wurden die Neuwahlen in den Ausschuß durchgeführt, die folgendes Ergebnis brachten:

- 1. Obmann: Genosse Franz Adelpoller
- 2. Obmann: Genossin Barbara Werner (geschäftsführend)
- 3. Obmann: Genossin Frieda Nödl
- 1. Schriftführer: Genosse Ludwig Havazik
- 2. Schriftführer: Genosse Josef Wenger
- Kassier: Genosse Richard Werner
- Opferreferat: Genossin Barbara Werner
- Kontrolle: Die Genossinnen Magdalena Olsovsky und Rosa Wopenka sowie Genosse Samuel Glatz

Delegierte zur Bundeshauptversammlung: Die Genossin Barbara Werner sowie die Genossen Ludwig Havazik und Richard Werner

Delegierte zur Landeshauptversammlung: Die Genossinnen Magdalena Olsovsky und Rosa Wopenka sowie die Genossen Samuel Glatz, Ludwig Havazik, Josef Wenger und Richard Werner.

Alle Funktionäre wurden einstimmig gewählt. Zum Schluß der Versammlung wurden von unserem Genossen Ludwig Havazik noch eine Reihe schöner Farbdias vorgeführt, die die Erinnerung an die Gedenkfahrten wieder vergegenwärtigten, die unser Bund veranstaltet hatte und an denen sich viele Mitglieder beteiligten. Genossin Barbara Werner sprach zu den einzelnen Bildern und berichtete über die Kundgebungen.

Dann dankte Genossin Frieda Nödl allen Genossinnen und Genossen und schloß die Jahresversammlung mit einem herzlichen „Freundschaft!“

Ottakring

Josef Jirava †. Die Bezirksgruppe Ottakring hat wieder eines ihrer ältesten Mitglieder verloren. Unser Genosse Josef Jirava starb im 83. Lebensjahr. Im Bezirk war er unter anderem als Obmann der Tschechischen Sozialisten bekannt und er zählte zu den führenden Funktionären in der Partei. In unserer Bezirksgruppe war Genosse Jirava Mitglied seit Gründung unseres Bundes und er hat uns stets durch seine aktive Mitarbeit unterstützt und gefördert.

Die Trauerfeier, die am 14. Februar 1975 im Krematorium auf dem Wiener Zentralfriedhof stattfand, zeigte, was wir und die Partei an Genossen Josef Jirava verloren haben. Wir werden ihn „Niemals vergessen“.

Döbling

Jahresversammlung. Am 25. Februar 1975 fand die Jahresversammlung im „Haus der Begegnung“, Wien 19, Gatterburggasse 2a, statt. Obmann Genosse Johann Haas eröffnete die Versammlung um 19 Uhr und begrüßte die erschienenen Genossinnen und Genossen, insbesondere den Referenten, unseren Genossen Dipl.-Ing. Rudolf Trimmel. Da gegen die vorgeschlagene Tagesordnung keine Einwände erhoben wurden, galt sie als genehmigt.

Bevor jedoch in die Tagesordnung eingegangen wurde, gedachte der Obmann der Genossinnen Berta Kopsa und Marie Venz, sowie der Genossen Alfred Bleich, Franz Cibulka und Karl Koller, die im Berichtszeitraum von uns gegangen sind, und die Versammlung erhob sich zu einer Trauerminute stillen Gedenkens an unsere Kampfgefährten.

Vom Verlesen des Protokolls der letzten Jahresversammlung wurde Abstand genommen, so daß Genosse Franz Rieder den Antrag stellen konnte, in das Wahlkomitee die Genossen Fritz Lehner, August Hüller und Karl Krcmar zu entsenden; der Antrag wurde ohne Debatte einstimmig angenommen.

Dann ergriff der Obmann, Genosse Johann Haas, das Wort zu seinem Bericht. Die Bezirksgruppe hatte schon im Dezember 1973 mit den Vorarbeiten für die Februar-Feier „40 Jahre Februar 1934“ begonnen, um die geplante Ausstellung mit Bildern aus den Kampftagen auszustatten. Die Ausstellung wurde dann im „Haus der Begegnung“ vom 12. bis zum 18. Februar gezeigt und übersiedelte anschließend in das Volkshaus Heiligenstadt, wo sie bis Ende Februar zugänglich war. An beiden Orten wurde die Ausstellung sehr gut besucht.

Genosse Haas hatte gemeinsam mit Genossen Josef Hindels eine Broschüre herausgegeben, die eigentlich schon im Anhaltelager Wöllersdorf entstanden war. Damals wurde als Protest gegen die überaus schlechte Verpflegung ein Hungerstreik organisiert, dem sich auch die Döblinger Schutzbündler angeschlossen hatten. Sie sammelten sich im Objekt 105, wo die Kompanieführer, Zugführer und Gruppenführer eine Beratung abhielten, um festzustellen, wem von unseren Freunden wir unsere Erlebnisse schildern sollten, wenn wir wieder nach Hause entlassen werden. Denn jeder von uns hatte sich von seinen Erlebnissen nach den Kämpfen bis zur Überstellung nach Wöllersdorf Notizen gemacht, die dann später nach der Freilassung bei unserem Genossen Oskar Passauer zur weiteren Bearbeitung aufbewahrt wurden. So ist also diese Broschüre entstanden, und alle Döblinger Genossen wissen, welch guten Anklang sie gefunden hat.

An allen Gedenkfahrten und Kundgebungen, die der Bundesvorstand veranstaltet hat, haben auch Genossinnen und Genossen aus unserer Bezirksgruppe teilgenommen. Am 7. September 1974 feierten wir das 45jährige Bestehen des

Karl-Marx-Hofes und gedachten der vielen Kampfgefährten, die nun nicht mehr unter uns sind, aber auch der zwölf tapferen Genossinnen, die während der Kämpfe die Schutzbündler mit heißem Tee umsorgten und Erkundigungen über die Stellungen der Heimwehrraschisten und der Polizei einholten. Auch an den großen Kundgebungen des Bundes der sozialistischen Freiheitskämpfer und der Partei haben sich unsere Mitglieder zahlreich beteiligt.

Nach dem Bericht des Obmannes erstattete Genosse Ernst Nemschitz den Kassenbericht, der ohne Debatte zur Kenntnis genommen wurde. Dann berichtete noch die Kontrolle und stellte den Antrag, dem scheidenden Ausschuß und dem Kassier die Entlastung zu erteilen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Genosse Dr. Leberl ergänzte den Bericht noch durch die Mitteilung, daß seine Sprechstunden nun jeden ersten und dritten Donnerstag abgehalten werden.

Bei den nun folgenden Neuwahlen wurden auf Vorschlag des Wahlkomitees die genannten Genossinnen und Genossen in den Ausschuß gewählt:

- 1. Obmann: Genosse Johann Haas
- 2. Obmann: Genosse Dr. Peter Seda
- 3. Obmann: Genossin Grete Ruthner
- 1. Kassier: Genosse Ernst Nemschitz
- 2. Kassier: Genossin Anna Zachata
- 1. Schriftführer: Genosse Franz Zaboudil
- 2. Schriftführer: Genossin Emilie Kupka
- Opferfürsorge: Genosse Dr. Karl Leberl
- Kontrolle: Die Genossen Gottfried Kupka und Friedrich Pfündl

Delegierter zum Bezirksausschuß: Genosse Johann Haas

Alle vorgeschlagenen Genossinnen und Genossen wurden einstimmig gewählt und Genosse Haas dankte für die Wiederwahl; er versprach namens des neu gewählten Ausschusses so wie bisher nach besten Kräften für unsere schöne Idee weiterzuarbeiten.

Nun kam Genosse Trimmel zu Wort. Er stellte in seinem Referat das Jahr 1975 als Wahljahr in den Mittelpunkt und kam auf drei Alternativen zu sprechen, die er zugleich zur Diskussion stellte: Wir erreichen bei den Wahlen am 5. Oktober die Mehrheit — das ist ja, was wir wünschen —, dann gibt es weiter eine sozialistische Regierung. Wir erreichen die Mehrheit nicht und haben die Wahl, eine kleine oder große Koalition anzustreben; oder drittens, unsere Partei bildet wieder eine Minderheitsregierung, wenn sie nicht in die Opposition geht.

Die sogenannte Konzentrationsregierung schloß der Referent aus den Betrachtungen in diesem Zusammenhang völlig aus. Und er begründete dies vor allem damit, daß dadurch die echte parlamentarische Arbeit ein Ende fände, weil ja alles und jedes dann im Schoße der Regierung selbst ausgehandelt werden müßte.

Genosse Trimmel hatte schon eingangs erwähnt, daß er nicht beabsichtige, ein Referat im üblichen Sinn zu halten, sondern daß er seine Ausführungen vor allem als einen Anstoß für eine breite Diskussion betrachtet sehen möchte. Und so kam es denn auch: Eine große Zahl von Genossinnen und Genossen meldete sich zu Wort, und nach der sehr lebhaft geführten Diskussion konnte der Referent kurz zusammenfassen: Eine Koalition mit der ÖVP wird abgelehnt, eine Koalition mit der FPÖ, die ganz rechts steht, kommt nicht in Frage — wir müssen immer wieder darauf hinweisen, daß ein Vergleich mit der Bundesrepublik völlig danebengeht, weil die liberale FDP überhaupt nicht mit unserer FPÖ verglichen werden kann —, so daß wir alles daransetzen müssen, wieder die absolute Mehrheit zu gewinnen.

Die Diskussion mußte leider unterbrochen werden, so interessant sie auch war, weil die Zeit schon zu sehr fortgeschritten war. Denn es war schon 21 Uhr geworden. Daher dankte Genosse Haas nicht nur dem Referenten, sondern vor allem den Genossinnen und Genossen, die sich so rege an der Diskussion beteiligt hatten, und schloß nach einigen Hinweisen auf die Kundgebungen anläßlich der April- und Maitage 1945 die Versammlung mit einem kräftigen „Freundschaft!“ Das „Lied der Arbeit“ beendete nach 21 Uhr das Zusammensein so vieler bewährter Genossinnen und Genossen.

Aus den Landesorganisationen

Oberösterreich

Landeshauptversammlung. Landesobmann Genosse Adalbert Meissner eröffnete die Landeshauptversammlung und begrüßte die erschienenen Genossen. Besonders begrüßte er als Vertreter des Bundesvorstandes Genossin Frieda Nödl und den Referenten des Oberösterreichischen Landespartei Vorstandes, Genossen Schützenberger. Sodann wurde in einer Schweigeminute der Verstorbenen gedacht. Nun erteilte der Vorsitzende der Genossin Nödl das Wort, welche Grüße des Bundesvorstandes übermittelte und auf die in diesem Jahr stattfindenden Gedenkfeiern hinwies.

Daraufhin wurden die Genossen Wiesner, Reisinger, Brunner, Buttinger und Mühlböck einstimmig als Wahlkomitee gewählt. Nach Abschluß dieser Wahl übergab Genosse Meissner an den Genossen Hirsch den Vorsitz und erstattete den Bericht des Landesobmannes. Genosse Hirsch dankte für den Bericht und übergab den Vorsitz wieder an Genossen Meissner.

Nun berichteten der Kassier, Genosse Fritz Dametz, und der Obmann der Kontrolle, Genosse Josef Schramayr, der den Antrag auf Entlastung des Kassiers und des Landesvor-

standes stellte. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Letzter Berichterstatter war der Schriftführer, Genosse Josef Hirsch, der über die Arbeit im Landessekretariat berichtete. Da zu den Berichten keine Wortmeldung vorlag und das Wahlkomitee seine Beratung abgeschlossen hatte, brachte Genosse Wiesner folgenden Wahlvorschlag:

- 1. Obmann: Genosse Adalbert Meissner
 - 2. Obmann: Genosse Hans Fuchs
 - 3. Obmann: Genosse Josef Schramayr
 - 1. Schriftführer: Genosse Josef Hirsch
 - 2. Schriftführer: Genossin Gisela Schreiberhuber
 - 1. Kassier: Genosse Fritz Dametz
 - 2. Kassier: Genosse Rudolf Oberhaidinger
 - Kontrolle: Die Genossen Heinrich Brunner, Franz Becksteiner und Alois Wiesner
- Beiräte: Die Genossen Karl Danzmayr und August Grammer

Bildungs- und Informationsreferat: Genosse Willy Krula
Jugendbeiräte: Die Genossen Otto Kriegisch und Karl Pesendorfer

Bezirksvertreter: Die Genossen Johann Buttinger (Braunau), Franz Rohrauer (Steyr) und Heinrich Brunner (Vöcklabruck)

Der Wahlvorschlag wurde einstimmig angenommen.

Nach dem Dank für die Wiederwahl erteilte Landesobmann Genosse Adalbert Meissner dem Genossen Schützenberger das Wort zu seinem Referat. Ausgehend vom Parteitag in Enns und mehreren Hinweisen auf das Wahljahr und die Notwendigkeit der Zusammenarbeit in allen Parteieninstanzen verwies der Referent im besonderen darauf, daß wir der Bevölkerung stets die Leistungen der Regierung Kreisky darlegen müssen, um der aggressiven ÖVP-Propaganda wirksam zu entgegnen. Nach allgemein-politischen Ausführungen ging er dann auf die Arbeit der SPÖ-Fraktion im Oberösterreichischen Landtag und in der Landesregierung näher ein und schloß sein Referat mit der Feststellung, daß alle Mandatäre in Hinkunft bestrebt sein müßten, gerade mit den Opfern des grün-weißen und des braunen Faschismus in engem Kontakt zu bleiben, weil gerade dieser Kreis von Vertrauensleuten reiche geschichtliche Erfahrung hat.

Genosse Meissner dankte dann dem Referenten und stellte das Referat zur Diskussion. Die insgesamt sieben Debattenredner brachten fast gleichlautend zum Ausdruck, daß unser Verband gerade jetzt im Zeichen der wirtschaftlichen Depression und der aggressiven Meinungsmanipulation der konservativen Kräfte in Österreich eine wichtige Mission zu erfüllen hat: die Arbeiter und Angestellten wieder an die Geschichte der Arbeiterbewegung zu erinnern. Denn nur wer die Geschichte kennt, kann auch die Zukunft meistern.

Nach abschließenden Worten des Genossen Schützenberger, die sich mit den Debattenbeiträgen beschäftigten, und dem Dank des Genossen Meissner wurde die Landeshauptversammlung geschlossen. Mit „Freundschaft!“ — Niemals vergessen!“

Salzburg

Landeshauptversammlung. In der Hauptversammlung des Landesverbandes Salzburg am 9. Februar 1975 wurden folgende Genossen in den Ausschuß gewählt:

- 1. Obmann: Genosse Ferdinand Putz
 - 2. Obmann: Genosse Otto Seifried
 - Kassier: Genosse Josef Heuberger
 - Schriftführer: Genosse Eduard Kittl
 - Kontrolle: Die Genossen Franz Fritzenwanker und Albert Mitsche
- Bezirksvertreter: Die Genossen Franz Fritzenwanker (Pinzgau), Josef Fuchs (Pongau), Albert Mitsche (Hallein) und Otto Seifried (Salzburg-Stadt).

Delegierte zur Bundeshauptversammlung: Genossin Paula Seifried sowie die Genossen Franz Fritzenwanker, Hermann Grabler, Josef Heuberger und Otto Seifried.

Über die Landeshauptversammlung ist in unserer Zeitung* bereits berichtet worden.

Kärnten

Landeshauptversammlung. Der Landesverband Kärnten hielt am Sonntag, dem 9. März 1975, im Hause des ÖGB und der Arbeiterkammer in Klagenfurt unter dem Vorsitz von Genossen Ferdinand Wedenig die diesjährige Hauptversammlung ab.** Bei dieser Versammlung wurde auch der Landesvorstand neu gewählt. Er setzt sich nun aus folgenden Genossen zusammen:

- Landesobmann: Genosse Ferdinand Wedenig
- Geschäftsführender: Genosse Hans Pawlik
- Funktionär: Genosse Thomas Wieser
- Stellvertreter: Genosse Eduard Goritschnig
- 1. Schriftführer: Genosse Dkfm. Johannes Schleicher
- 2. Schriftführer: Genosse Alois Brenner
- Kassier: Die Genossen Franz Schweinzer und Gottfried Abuja
- Kontrolle: Genossin Emmi Heitzmann
- Frauenreferat: Genosse Gerhard Hausenblas
- Jugendvertreter:

* Vgl.: „Der sozialistische Kämpfer“, Nr. 1—3, Jänner/Februar/März 1975, Seite 15.

** Vgl.: „Freiheitskämpfer tagen . . .“, a. a. O., Seite 6.

Sprechstunden

in unseren Wiener Bezirksgruppen

- Erdertorgasse 9 (werden bekanntgegeben)
 Esterstern 1 Di. 16 bis 18 Uhr
 Erdstraßer Hauptstraße 96 Jeden 1. und 3. Mi.
 17 bis 19 Uhr
 Erdner Hauptstraße 60 b Mo. 18 bis 19 Uhr
 Erdgasse 27 Mi. 18 bis 19 Uhr
 Erd-Bauer-Gasse 9 Do. 19 bis 20 Uhr
 Erdbaugasse 25 .. Jeden 1. u. 3. Di. 18 bis 19 Uhr
 Erd, Josefstädter Straße 39 Do. 17 bis 18 Uhr
 Erd, Marktgassee 2/I Di. 16 bis 18 Uhr
 Erd, Laxenburger Str. 8/10/I Jeden 3. Di. 17 bis 19 Uhr
 Erd, Simmeringer Hauptstraße 80 ... Jeden 2. u. 4. Di.
 18 bis 19 Uhr
 Erd, Ruckergasse 40 Mi. 17 bis 18 Uhr
 Erd, Jodlgasse 7/III Do. 17.30 bis 18.30 Uhr
 Erd, Linzer Straße 297 Jeden 1. Fr. 18 bis 19 Uhr
 Erd, Hackengasse 13 Jeden 1. Mi. 17 bis 19 Uhr
 Erd, Zagorskigasse 6 Do. 17.30 bis 19 Uhr
 Erd, Röttergasse 29 (Sekretariat der
 Mietervereinigung) Mo. 17 bis 18 Uhr
 Erd, Gentzgasse 62 ... Jeden 1. Mo. 17.30 bis 20 Uhr
 Erd, Billrothstraße 34 .. Jeden 1. u. 3. Do. 18 bis 19 Uhr
 Erd, Raffaelgasse 11 Jeden 1. Do. 17.30 bis 19 Uhr
 Erd, Prager Straße 9, 1. Stock Jeden 2. Di.
 17.30 bis 18.30 Uhr
 Erd, Donauefelder Straße 259 Jeden 2. Mo.
 18 bis 19 Uhr
 Erd, Breitenfurter Straße 358 Jeden 1. u. 3. Mo.
 18 bis 19 Uhr

in unseren Fachgruppen

- Polizei: Telephon 63 06 71/243
 1. Postgasse 9, 1. Stock
 Fachausschuß Montag bis Freitag
 der Sicherheitsbeamten 8 bis 16 Uhr

in unseren Landesverbänden

- Niederösterreich:**
 Baden, Wassergasse 31, Jeden 1. Freitag
 Bezirkssekretariat der SPÖ 10 bis 12 Uhr
 Mödling, Hauptstraße 42, Jeden 1. Samstag
 Bezirkssekretariat der SPÖ 9.30 bis 11 Uhr
 Wr. Neustadt, Wiener Straße 42, Jeden 1. Samstag
 Bezirkssekretariat der SPÖ 10 bis 12 Uhr
 St. Pölten, Prandtauerstraße 4, Jeden 1. Freitag
 Bezirkssekretariat der SPÖ 9 bis 11 Uhr
 Schwechat, Rathausplatz 7 Jeden 1. Freitag
 Bezirkssekretariat der SPÖ 14.30 bis 16 Uhr
Burgenland:
 Eisenstadt, Permayrstraße 2, Tägl. 9 bis 12 Uhr
 Bezirkssekretariat der SPÖ
Kärnten:
 Klagenfurt, Bahnhofstraße 44, Tägl. außer Sa.
 II. Stock, Zimmer 1, ÖGB- und 10 bis 12 Uhr
 Arbeiterkammergebäude
Oberösterreich:
 Linz, Landstraße 36/I, Zimmer 3, Jeden 1. u. 3. Mi.
 Hotel „Schiff“, Hoftrakt 16 bis 18 Uhr
 Steyr, Damberggasse 2, Jeden 1. Di.
 Gasthof Gamsjäger 16 bis 17 Uhr
Salzburg:
 Salzburg, Arbeiterheim, Zim- Jeden Di. und Fr.
 mer 30, Paris-Lodron-Straße 21 8 bis 10 Uhr
Steiermark:
 Graz, Südtiroler Platz 13, Jeden 1. Mittwoch
 Zimmer 17 17 bis 19 Uhr
 Bruck an der Mur,
 Schillerstraße 22
 Kapfenberg, Volksheim Jeden 2. Mittwoch
 (Zimmer 14), Wiener Straße 18 bis 19 Uhr

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 1010

P. b. b.

**Wenn unbestellbar, bitte zurücksenden
an den Absender**

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unzustellbar zurückgeschickt werden müssen.



Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: Robert Blau. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Alfred Billmaier. Alle: Wien 1, Löwelstraße 18. Telephon 63 27 31. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ AG, Wien V, Rechte Wienzeile 97.

Redaktionsschluß

für die nächste Nummer 8. Juli 1975